

REORGANISATION DES WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULBEREICHES

Helmut Martin und Brunhild Staiger

Mit einer Bekanntmachung des ZKs vom 18.9.77 (1) wurden Grundlinien für die Reorganisation des gesamten Wissenschaftsbetriebes in der Volksrepublik China gelegt. Die Planungsarbeiten auf allen Ebenen, die zunächst zu leisten sind, haben als Vorstufen für die im Frühjahr 1978 geplante "Nationale Wissenschaftskonferenz" zu gelten. Grundlinien der Wissenschaftsreorganisation, wie sie schon in dem während des Machtkampfes heiß umstrittenen Teng-Dokument "Einige Fragen zur Arbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik" (2) auftraten, sind folgende: Die Wissenschaftsreorganisation ist auf die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie und Verteidigung in erster Linie ausgerichtet. Besonders sind deshalb die in den letzten Jahren vernachlässigten reinen Forschungsinstitutionen zu fördern. Dies erfordert auch eine Neubewertung der Position der Intellektuellen in der Gesellschaft allgemein. Obwohl nach wie vor "Massenbewegungen des wissenschaftlichen Experiments" gefordert werden, wird die "Hauptrolle, die die Fachleute spielen", vor allem betont. Das erfordert einige umständliche Erklärungen der Medien (3) darüber, was ein Abstützen auf Experten in Forschungsinstituten eigentlich bedeute. Nach der Betonung der Massenlinie in den letzten Jahren klingt es einigermaßen verwunderlich, wenn nun gefordert wird, daß die Parteiorganisation sich die Meinungen der Wissenschaftler und Techniker anzuhören habe und sie bei der Realisierung ihrer Pläne unterstützen solle. Das ZK-Dokument hält fest, daß die Zahl der Wissenschaftler und Techniker in China nicht ausreiche und auch das Ausbildungsniveau als unzureichend bezeichnet werden müsse. Die Heranbildung wissenschaftlichen Personals muß deshalb als eine der Hauptaufgaben der nächsten Zeit betrachtet werden. Als verantwortlich für die Reorganisation der Wissenschaft werden die entsprechenden Abteilungen unter dem Staatsrat sowie der Militärkommission des ZKs, schließlich die Provinz-Parteikomitees auf regionaler Ebene, bezeichnet. Zunächst sollen Forschungsinstitutionen wieder funktionsfähig gemacht werden, die in den letzten Jahren stillgelegt worden waren. Die noch arbeitenden werden reorganisiert. Das Zentralkomitee wird eine staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik mit allgemeiner Verantwortung einrichten. In dem ZK-Dokument wird gefordert, alle Professionellen, die in den Kampagnen der letzten Jahre abgedrängt worden waren, wieder an wissenschaftliche und technische Arbeitsplätze zurückzuholen, besonders diejenigen, deren Talente insofern brachliegen, als sie in "unangemessenen Arbeitsfunktionen" tätig sein mußten. Hervorragende Wissenschaftler und Techniker sollen die entsprechenden Arbeitsbedingungen erhalten und eine notwendige Zahl von Assistenten beigeordnet bekommen. Fähigkeiten und Kenntnisse der Wissenschaftler sind erneut zu überprüfen, spezifische Verantwortlichkeiten festzulegen, und

eine akademische Rangordnung ist wieder einzuführen. Auch auf die Arbeitsdisziplin wird insofern Wert gelegt, als von jedem Wissenschaftler und Techniker mindestens für 5/6 seiner Arbeitszeit Tätigkeit am eigentlichen Arbeitsplatz gefordert ist. Das begrenzt, so läßt sich leicht schließen, einerseits die früher notwendige Zeit für allgemeine politische Aktivitäten wie auch die zeitweilige Herausnahme von Wissenschaftlern aus ihrer eigentlichen Arbeit und die Entsendung aufs Land oder in 7.Mai-Kaderschulen. Auch über die Planung neuer wissenschaftlicher Arbeit liegen Erkenntnisse vor. Pläne sind kurzfristig für drei Jahre, mittelfristig für acht Jahre (also bis 1980 und 1985) und schließlich langfristig über 23 Jahre bis zum Jahr 2000 auszuarbeiten. Ein nationaler Forschungsplan hat schließlich alle Anstrengungen zu integrieren (4). Zur Vorbereitung der Nationalen Wissenschaftskonferenz 1978 wurde bereits Ende September (5) eine Vorbereitungskonferenz abgehalten, die einen Überblick über die wissenschaftliche Entwicklung der vorhergegangenen Jahre gab. Zentrales Anliegen dieser Vorbereitungskonferenz waren die bereits angesprochenen Personalfragen. Auch hier wurde die Wiedereinführung der akademischen und technischen Titel (6) diskutiert, ein Überprüfungssystem der Qualifikation sowie ein System persönlicher Verantwortlichkeit der Wissenschaftler. Dies alles ist auf dem Hintergrund der letzten Jahre zu sehen, wo viele Wissenschaftler resigniert hatten, weil selbst das Benutzen einer Bibliothek einen Wissensdurstigen in den politischen Auseinandersetzungen zum "weißen Spezialisten" abstempeln konnte.

Für den Bildungssektor wurde in diesem Zusammenhang Anfang Oktober eine nationale Konferenz der Planung der Curricula in Naturwissenschaften abgehalten (7), an der über 1200 Wissenschaftler, Hochschullehrer, Experten der Akademie der Wissenschaften und andere Planungskader teilnahmen. Auch sie diente der Rehabilitation angegriffener älterer Wissenschaftler und des Standes der Wissenschaft überhaupt. Studienpläne wurden festgelegt für den Bereich der Mathematik, Physik, Chemie, Astronomie, Geologie, Biologie und anderer Fachrichtungen. Vorausgegangen waren vorläufige Untersuchungen der Akademie der Wissenschaften über Personalsituation und Bedarf sowie bisher eingesetzte Mittel in der Wissenschaft. Weiter lagen Papiere über neue Forschungsrichtungen innerhalb Chinas und vor allen Dingen im Ausland vor. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Problem der Auswahl fähiger Wissenschaftsmanager zugewandt. Die chinesische Presse stellte im übrigen die Ausführungen Professor Chien San-chiangs, heute stellvertretender Generalsekretär der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, heraus, des führenden chinesischen Atomwissenschaftlers. Prof.Chien wies darauf hin (8), daß man den wissenschaftlichen Austausch mit anderen

Ländern erweitern wolle. Zu diesem Zweck hielt er sich in diesem Jahr bereits mit einer Delegation der Akademie der Wissenschaften in Australien auf, wo umfangreiche bilaterale Diskussionen geführt wurden und ein erweiterter Austausch vereinbart worden war.

Auf regionaler Ebene werden im Augenblick diese Impulse verarbeitet. So hielten die Stadt-Parteiorganisation und das Revolutionskomitee Pekings vom 8.-14. Oktober (9) eine Konferenz über Wissenschaft und Technologie ab, die der Implementierung der Wissenschaftsrichtlinien für den Raum Peking gewidmet war. Federführend waren Verantwortliche der Tsinghua-Universität und der Peking-Universität sowie des Pekinger Büros für Wissenschaft und Technologie. Die Situation an über 200 Institutionen wurde erörtert und über 500 Wissenschaftler und Techniker anerkennend namentlich herausgestellt. "Es ist jetzt notwendig, die Aufmerksamkeit auf die Wiedereinrichtung von wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen zu legen, die wegen der Einmischung und Sabotage der Viererbande aufgelöst worden waren... Größere wissenschaftliche Forschungsinstitute, die in Fabriken verwandelt worden sind, müssen in Forschungsinstitute so schnell wie möglich rückverwandelt werden. Was die wichtigeren wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen angeht, die die Produktion in den Vordergrund stellen, so müssen wir Pläne machen, diese Situation so schnell wie möglich abändern und den Bereich der wissenschaftlichen Forschung fortan betonen". Forschungsinstitute haben ein System der Ernennung eines Institutsdirektors einzuführen, der die volle Verantwortung trägt in Abstimmung mit dem Parteikomitee. So schnell wie möglich haben drei verantwortliche Wissenschaftler an jedem Institut neben dem Direktor ernannt zu werden. Der Verwaltungsbereich von Forschungsinstitutionen ist zu stärken, ganz allgemein sind notwendige Regelungen einzuführen und zu beachten. Schon Ende September hatte ein anderes wissenschaftliches Forum in Peking stattgefunden (10), eine Konferenz der Chinesischen Wissenschaftlichen und Technischen Vereinigung, die sich ebenfalls auf die Vorbereitung der Nationalen Wissenschaftskonferenz einstellte.

Neuregelung der Zulassung zum Hochschulstudium

Im Rahmen der Förderungsmaßnahmen für die Wissenschaft werden auch Veränderungen im Hochschulwesen unabdingbar. Die durch die Kulturrevolution eingeführte Hochschulpolitik - Studienverkürzung, Abschaffung der Prüfungen, zweijährige praktische Arbeit als Voraussetzung für die Bewerbung zum Studium, Betonung der Praxis und Vernachlässigung der Vermittlung theoretischer Kenntnisse im Studium usw. - soll jetzt in entscheidenden Punkten revidiert werden. Mit der Wiedereinführung der Aufnahmeprüfungen an den Universitäten wird ein wichtiger Schritt vollzogen, weil dadurch geistig-intellektuelle Fähigkeiten eindeutig Vorrang vor politischen Qualifikationsmerkmalen erhalten. Die in Hong Kong erscheinende "Ta-Kung-Pao" veröffentlichte kürzlich weitere Einzelheiten über die Aufnahmeprüfungen an den chinesischen Hochschulen (11). In ihrer Ausgabe vom 21. Oktober 1977 berichtete die Zeitung, daß das chinesische Erziehungsministerium Ende September in Peking eine Konferenz über die Aufnahmeprüfungen an den Universitäten des ganzen Landes einberufen habe. Die Teilnehmer der Konferenz seien vom Vorsitzenden Hua persönlich empfangen worden, wo-

durch die Bedeutung der Ausbildung von Fachwissenschaftlern und -technikern für die "Vier Modernisierungen" unterstrichen worden sei. Bezüglich der noch in diesem Jahr abzuhaltenden Aufnahmeprüfungen wurden auf der Konferenz folgende Beschlüsse gefaßt: Bewerben können sich Arbeiter, Bauern, gebildete Jugendliche, die aufs Land geschickt sind bzw. aufs Land zurückgekehrt sind, einschließlich solcher Jugendlichen mit Schulabschluß, die in der Stadt geblieben sind bzw. noch nicht zu körperlicher Arbeit eingeteilt waren, demobilisierte Armeeingehörige, Kader und diesjährige Abiturienten. Das Alter der Bewerber soll zwischen 20 und 25 Jahren liegen, und die Bewerber dürfen nicht verheiratet sein. Voraussetzung für die Bewerbung sind der Mittelschulabschluß, politische Eignung und körperliche Gesundheit. In Ausnahmefällen können sich auch Leute bewerben, die sich in ihrer praktischen Arbeit bewährt und hervorragende Leistungen hervorgebracht haben. Ihr Alter darf 30 Jahre betragen, und sie dürfen auch verheiratet sein. Diese Regelung gilt insbesondere für Abiturienten der Jahre 1966 und 1967.

Für das Auswahlverfahren sollen folgende Grundsätze gelten: freiwillige Bewerbung, einheitliche Prüfungen, die auf Kreisebene organisiert werden sollen, Vorauswahl auf lokaler oder städtischer Ebene, Vorschlagsrecht der Schulen und endgültige Entscheidung auf Provinzebene. Es gibt zwei Arten von Prüfungen: eine für Geistes- und eine für Naturwissenschaften. Die Prüfungen für die Geisteswissenschaften sollen in diesem Jahr die Fächer Politik, Sprache, Mathematik, Geschichte und Geographie umfassen, für die Naturwissenschaften Politik, Sprache, Mathematik, Physik und Chemie. Wer sich auf Fremdsprachen spezialisieren will, muß zusätzlich eine Fremdsprachenprüfung ablegen.

In einem Interview der "Ta-Kung-Pao" mit einem verantwortlichen Vertreter des Pekinger Erziehungsministeriums (12) wurde auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich dadurch ergeben, daß in diesem Jahr die Zeit sehr drängt und die Zahl der Bewerber außerordentlich hoch ist, weil sich die Bewerber aus solchen, die bereits praktisch arbeiten, und aus solchen, die gerade ihr Abitur gemacht haben, rekrutieren. Die letztere Gruppe soll 20 bis 30% ausmachen. Der Vertreter des Erziehungsministeriums gab jedoch zu verstehen, daß der Grundsatz, daß die jungen Leute nach dem Abitur zunächst einer praktischen Arbeit nachgehen, auch weiterhin Geltung haben soll. Allerdings soll es für Abiturienten mit überdurchschnittlichen Leistungen möglich sein, von der Schule direkt auf die Universität zu gehen. Dies soll Chou En-lai bereits 1972 gefordert haben, doch sei eine entsprechende Politik durch die Vierergruppe verhindert worden.

Aus der großen Zahl der Bewerber dieses Jahres könne man nur einen kleinen Teil auswählen. Doch böten auch die übrigen Hochschulen, wie Kommunistische Arbeiteruniversitäten, Hochschulen des 21. Juli und des 7. Mai bis hin zu den Freizeithochschulen, denjenigen, die die Zulassung zu einer ordentlichen Universität nicht erhalten, vielfältige Möglichkeiten der Weiterbildung und Erwerbung von Fachkenntnissen.

In der Provinz Kuangtung hat sich bereits ein Komitee für die Auswahl von Hochschulbewerbern etabliert. Die Prüfungen sollen im Dezember dieses Jahres stattfinden, und im Februar 1978 sollen die neuen Studenten mit dem Studium beginnen (13).

In einem Leitartikel vom 21. Oktober 1977 begrüßte die Volkszeitung den Beschluß, in diesem Jahr die Zulassungsprüfungen zu den Universitäten wieder einzuführen (14).

Anmerkungen:

- 1) NCNA, 22.9.77
- 2) Vgl. z.B. Untersuchungen über den Fall Viererbande, Ch'i Hsin (Pseud.), Hong Kong 1977, S.187-194
- 3) Z.B. SWB, 20.10.77
- 4) Vgl. auch Leitartikel der Volkszeitung vom 24.9.77
- 5) SWB, 27.9.77
- 6) Wiedereinführung der Rangordnung in der Chinesischen Akademie der Wissenschaften: Nach den egalisierenden Tendenzen des vergangenen Jahrzehnts im Bereich der Wissenschaft und an den Universitäten, die die vorher bestehende differenziert gegliederte Stufenordnung beseitigt hatten, wird nun im Rahmen der verstärkten Förderung der Wissenschaftsarbeit eine Rangordnung wiedereingeführt, die als Anreiz für die einzelnen Wissenschaftler dienen soll und deren Position auch nach außen vor der Gesellschaft dokumentiert. Das Zentralkomitee hat in diesem Zusammenhang eine "Weisung über die Wiedereinführung technischer Berufsbezeichnungen" erlassen. Die Volkszeitung vom 4.10.77 gab erstmals diesem neuen Rangsystem auf ihrer ersten Seite Publizität, indem sie die Beförderung von drei Mathematik-Wissenschaftlern beschrieb und kommentierte. Nach diesem Bericht sind nun in reinen Forschungsinstitutionen wie der Akademie der Wissenschaften zumindest vier Ränge wiedereingeführt. An unterster Stelle steht der Forschungspraktikant (yen-chiu shih hsi-yüan), die nächste Stufe ist das Stellvertretende Forschungsmitglied (fu-yen chiu-yüan), an dritter Stelle steht das Assistierende Forschungsmitglied (chu-li yen-chiu-yüan). Auf der obersten Stufe steht das Forschungsmitglied (yen-chiu-yüan). Auf diese strengeren Rangstufen hat bereits "die Bekanntmachung des ZKs der KPCh über die Einberufung der großen Nationalen Wissenschaftskonferenz" hingewiesen.
- 7) Vgl. SWB, 13. und 21.10.77
- 8) SWB, 27.9.77
- 9) SWB, 20.10.77
- 10) SWB, 7.10.77
- 11) Vgl. dazu C.a. Okt. 1977, Ü 24
- 12) TKP, 22.10.77
- 13) TKP, 24.10.77
- 14) Vgl. NCNA, 21.10.77